

AMTSBLATT

Große Kreisstadt Leinfelden-Echterdingen

Diese Ausgabe erscheint auch online

Nr. 30 | 43. Jahrgang

28. Juli 2017

Unteraichen moniert die wachsende Verkehrsbelastung Die Nord-Süd-Straße ist wieder im Blickpunkt

„Unteraichen ist ein wichtiger Schwerpunkt in der Verkehrsplanung der Stadt“, fasste Oberbürgermeister Roland Klenk nach dreistündiger Aussprache im bis auf den letzten Platz besetzten Filderer-Vereinsheim Adria am Montagabend zusammen. Kritik von Seiten der Anwohner nehme die Stadtverwaltung ernst, und er versprach: „Wir nehmen Sie auf dem weiteren Weg mit.“ Denn die Verkehrsbelastungen standen im Vordergrund beim Infoabend „LE im Dialog: Unteraichen“ mit Verwaltungsspitze, Vertretern der Fachämter und den Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates.

In Vorbereitung ist ein neues gesamtstädtisches Verkehrskonzept, das Andreas Waibel, Leiter Tiefbauabteilung, vorstellte und das, betonte OB Klenk, dem Gemeinderat bis dato noch nicht bekannt war. Das Ziel ist, Straßen mit Blick auf ihre Nutzung, Qualitäten und Schwachstellen zu bewerten und zu kategorisieren, um beispielsweise Geschwindigkeitszonen einzurichten.

In dem Zusammenhang erläuterte Gerd Maier, Leiter Bürger- und Ordnungsamt, dass ein Tempolimit von 30 km/h nur in Wohngebieten erlaubt sei. Auf Verbindungsstraßen sei 50 km/h vorgeschrieben. Die 40 km/h-Zonen in Leinfelden, Echterdingen oder Stetten seien „ein Kompromiss“, den das Regierungspräsidium genehmigt habe. Doch ohne eine Umgehungsstraße werde der Verkehr nicht fließen, so die Forderung



Die Verkehrsbelastung stand im Vordergrund bei „LE im Dialog“.

Foto: Bergmann

vieler Bürger dieses Ortsteils. Die Nordspange zwischen Maybachstraße und Kreis Stuttgart/Rohrer Straße bringe nichts. Man brauche die Nord-Süd-Straße, und zwar „keine abgespeckte Variante“. „Seit 30 Jahren reden wir über diese Straße, und es geschieht nichts“, sagte Achim Weinmann, Vorsitzender der Unteraicher Bürger e.V. Neue Wohn- und Gewerbeansiedlungen bei gleichem Verkehrsnetz, das könne nicht funktionieren.

Die Osttangente als Teil der Nord-Süd-Straße entlang des Gewerbegebiets zwischen Maybach- und Max-Lang-Straße sei in Pla-

nung, sagte OB Klenk, der daran erinnerte: „Ich bin ein Freund dieser Straße“. Für den weiterführenden Teil der Nord-Süd-Straße (Südspange) prüfe die Stadt eine neue Variante im Bereich alte B27/Max-Lang-Straße. Die ursprüngliche Planung sei mit 35 Mio. Kosten einstens zu teuer gewesen, zumal das „Messe-Paket“, in dem ein Zuschuss enthalten war, vom Gemeinderat abgelehnt worden sei. „Es gab keine politische Mehrheit!“ Inzwischen sei die Nord-Süd-Straße durch die Osttangente wieder in den

Fortsetzung Seite 3



Bürgertreff mit SchätzeLE Markt

Mit dem Fassanstich durch OB Klenk eröffnet der Bürgertreff rund ums Leinfelder Haus des Kultur-Förderkreises Leinfelden morgen um 14 Uhr. Im Haus ist SchätzeLE Markt der Kreativen aus LE.

Foto: Bergmann

> Seite 9

LE
Leinfelden-Echterdingen
Die schönste Seite der Filder.

Vordergrund gerückt. Die Osttangente, die man dem örtlichen Gewerbe zugesagt habe, werde aber mehr Verkehr auf die Musberger und Echterdinger Straße bringen. OB Klenk: „Dann protestieren Andere!“

Stadtbahnkapazität soll besser werden

Zur geplanten Daimler-Ansiedlung am Fasanweg wies Erst Bürgermeisterin Eva Noller darauf hin: „Das ist so noch nicht genehmigt.“ Man warte das Verkehrsgutachten ab und setze auch auf das betriebliche Mobilitätsmanagement von Daimler.

An einem 10-Minuten-Takt der U5 „bleiben wir dran“, sagte OB Klenk. Im Gespräch seien die 80 Meter langen Stadtbahnen (Doppeltraktion) und damit mehr Kapazität. Zumal auch in Vaihingen bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze von Daimler und Allianz entstehen würden.

In dem Zusammenhang kündigte er an, mit Stuttgarts OB Kuhn über die daraus entstehende Verkehrsbelastung für Leinfelden-Echterdingen und eine gemeinsame Verkehrsplanung zu reden. Er machte deutlich: „Auf lokaler Ebene werden Verkehrsprobleme nicht gelöst.“ Das könne nur auf Kreis- und regionaler Ebene gelingen.

Ampelregelung abgelehnt

Zur Sprache kam auch die Kreuzung Hohenheimer/Max-Lang-Straße, an der nur noch das Rechtsabbiegen erlaubt ist. Die Kreuzung war ein Unfallschwerpunkt, weshalb Polizei und Regierungspräsidium von der Stadt eine Entschärfung der Situation verlangt hatten. Die neue Regelung hat sich bewährt. Allerdings klagen Apotheke und Einkaufszentrum über Umsatzeinbußen.

Frank Thomas vom Ingenieurbüro Thomas&Partner zeigte in seiner Simulation, wie eine Ampelanlage das Linksabbiegen und Geradeausfahren wieder ermöglichen würde. Die zugrundeliegenden Verkehrszahlen wurden vehement angezweifelt. Die Anwesenden sprachen sich gegen eine Ampelregelung aus, die nach ihrer Meinung nur zu weiterem Rückstau führe.

S21: Lärmschutz soll optimiert werden

Auch der Lärmschutz entlang der S21-Strecke stand auf der Tagesordnung. Philipp Schwarz, Leiter Stadtplanungsamt, erläuterte die Bahnpläne, die „rein technischer Natur“ seien und nach Ansicht der Stadt nicht ausreichen. Mit einem Landschaftsplaner erarbeite die Stadt eine optimierte Gestaltung der Lärmschutzwände. „Der Aspekt der Ästhetik spielt für die Bahn keine Rolle“, sagte OB Klenk. „Wir wollen die Wände aber so gestalten, dass wir optisch damit leben können.“ Dies werde freilich „nicht wenig Geld kosten“. Die Stadt werde die Bürger bei den Überlegungen zu einer besseren Gestaltung der Lärmschutzwände weiterhin mit einbeziehen. Betroffenen empfahl er, Einwand im derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren zu erheben. Die Frist läuft bis 15. September. (gif)

> Info und ein Formular dazu unter www.leinfelden-echterdingen.de

Keine Anschlussunterbringung an der Uhland-/Stuttgarter Straße Sozialwohnungen für zwölf Familien

Auf dem städtischen Grundstück Uhland-/Stuttgarter Straße wird anstelle einer Anschlussunterbringung für 63 Personen sozialer Wohnraum entstehen: insgesamt zwölf Zwei- und Dreizimmerwohnungen von 57 bis 80 qm. Grund für die Nutzungsänderung ist das geänderte Landesförderprogramm, das künftig nicht mehr Flüchtlingsunterkünfte, sondern Sozialmietwohnraum mit einem 25-prozentigen Zuschuss fördert. Die Stadt hat sich deshalb entschieden, das Gebäude, das langfristig in regulären preiswerten Wohnraum umgewandelt werden sollte, gleich von Anfang an so zu nutzen.

Einziehen können nur Personen mit Wohnberechtigungsschein. Die freiwerdenden Sozialwohnungen sollen dann zur Anschlussunterbringung genutzt werden, erläuterte OB Klenk beim Informationsabend „LE im Dialog: Unteraichen“. Eine dezentrale Unterbringung, betonte er, unterstütze die Integration. Auch anerkannte Flüchtlingsfamilien können sich für eine Mietwohnung bewerben, bestätigte BM Dr. Kalbfell auf Nachfrage, aber mehrheitlich würden in dem Gebäude Bürger der Stadt untergebracht, das Landesförderprogramm gebe klare Richtlinien vor. Baubeginn soll im ersten Quartal 2018 sein, Einzug wäre rund ein Jahr später, sagte Karin Neise, Leiterin Amt für Hochbau und Immobilien der Stadt. Die Kosten werden mit rd. 3,4 Mio. Euro beziffert. Angeregt wurde von Unteraicher Bürgern, mehr als die geplanten zwölf Parkplätze zu schaffen, weil der Parkraum ohnedies knapp sei. „Kleiner bauen wäre auch eine Möglichkeit“, sagte Achim Weinmann, Vorsitzen-



Vorgesehen ist ein Laubengang an der Fassade zur Stuttgarter Straße. Am rückwärtigen Gebäudeteil sind Balkone und Terrassen geplant. Illustration: Stadt

des Vereins Unteraicher Bürger und wies darauf hin, dass der Verein eine Petition mit 170 Unterschriften beim Land eingereicht habe, weil das Gebäude zu massiv ausfalle und „das letzte Grün“ versiegele.

In der Sitzung am Dienstag hat der Gemeinderat der Nutzungsänderung zugestimmt und die weitere Planung in Auftrag gegeben. Baubürgermeisterin Eva Noller sagte, über die Gestaltung könne man reden, nicht aber über die Größe des Gebäudes: „Wenn wir es kleiner machen, verlieren wir ein Geschoss, das wär ein Drittel Wohnungen“. Sie wies darauf hin, dass der Gebäuderiegel zudem ein deutlich wahrnehmbarer Lärmschutz für die dahinter liegenden Häuser sein werde.

Die nicht vorgesehene Unterkellerung und somit fehlende Lagerfläche für die Bewohner monierte Stadträtin Hess (FW). Eine Tiefgarage im Untergeschoss könnte auch Parkraum schaffen, sagte Stadträtin Moosmann (Filderpiraten). (gif)

Vorsicht am Radschutzstreifen

Mindestens 1,5 m Abstand zum Radfahrer einhalten

Zum neuen Radschutzstreifen in der Stuttgarter Straße und in der Rohrer Straße kommen immer wieder Nachfragen, wie man sich richtig verhält. Es gilt: Radschutz-

streifen dürfen grundsätzlich nur von Radfahrern befahren werden. Das Überfahren des Radschutzstreifens ist nur erlaubt, um Fahrzeugen im Gegenverkehr auszuweichen.



Es darf dadurch jedoch kein Radfahrer auf dem Radschutzstreifen behindert werden. Beim Überholen von Radfahrern ist ein Mindestabstand von 1,5 Meter einzuhalten.

Auf Radschutzstreifen darf nicht geparkt werden, jedoch ist das Halten bis zu drei Minuten, das zum Be- und Entladen sowie das Ein- und Aussteigen erlaubt.

Die Verkehrsbehörde bittet darum, das Gebot der Vorsicht und Rücksicht zu beachten. Foto: Bergmann